



Pressemitteilung

Das neue Adoptionshilfe-Gesetz vertieft die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Familien

München, den 05.06.2020 - Während das am 28. Mai 2020 im Bundestag beschlossene Adoptionshilfe-Gesetz für viele Familien eine Verbesserung bedeutet, ist es ein schwerer Rückschritt für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien. Denn aktuell muss eine Co-Mutterschaft immer noch über den leidvollen Weg der Stiefkindadoption anerkannt werden - ein oft langwieriger und nun um eine Pflichtberatung erschwelter Prozess, der Regenbogenfamilien zu Familien zweiter Klasse degradiert.

Wenn in Deutschland ein Kind in eine Zwei-Mütter-Familie geboren wird, ist es rechtlich nur das Kind der Mutter, die es geboren hat. Die gemeinsame Elternschaft und die damit verbundene Absicherung ist nur über eine Stiefkind-Adoption zu erreichen. Damit erfahren Zwei-Mütter-Familien eine erhebliche Diskriminierung durch den Zwang zur Durchführung eines förmlichen Adoptionsverfahrens als einziger rechtlicher Möglichkeit zur Erlangung der gemeinsamen Elternschaft. Diese Diskriminierung wird durch das Adoptionshilfe-Gesetz in seiner jetzigen Form weiter massiv verschärft: Dieses sieht eine verpflichtende Beratung vor der Antragstellung vor und schafft damit eine weitere unnötige und unzumutbare Hürde.

Das Stiefkindadoptionsverfahren ist völlig unpassend für Kinder, die in die Ehe oder Lebensgemeinschaft ihrer beiden Mütter hineingeboren werden. Das Kind lebt bereits seit der Geburt in dieser Herkunftsfamilie und verbleibt dort auch unabhängig von der Beratung und unabhängig vom Ausgang des Adoptionsverfahrens. Die fehlende sofortige Anerkennung beider Elternteile widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz und verstößt gegen das Kindeswohl.

Die weitere Diskriminierung lesbischer Herkunftsfamilien durch die vorgesehene Zwangsberatung im neuen Adoptionshilfe-Gesetz hätte durch eine kurze Ergänzung verhindert werden können, ein Vorschlag des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland (LSVD) lag vor und wurde von der Opposition eingebracht. Dieser Vorschlag fand jedoch in der Großen Koalition keine Mehrheit.

Das Adoptionshilfegesetz ist im Bundesrat zustimmungspflichtig. Wir fordern die Landesregierungen unter Beteiligung von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE dazu auf, das Adoptionshilfe-Gesetz so nicht passieren zu lassen, sondern den Vermittlungsausschuss anzurufen, um diesen Punkt des Gesetzes zu ändern. Es darf keine Verschärfung der Diskriminierung von Zwei-Mütter-Familien geben!



Barbara Stenzel, Vorstandsvorsitzende LesMamas e.V., appelliert an die Politik:
„Regenbogenfamilien sind sicher die bestdurchdachten aller Familien. Wenn sich irgendjemand Gedanken über sämtliche Aspekte einer Familiengründung macht, dann sind das wir. Das bestätigen auch sämtliche Studien auf diesem Feld. Sorgen Sie lieber dafür, dass unsere Kinder diskriminierungsfrei aufwachsen und passen Sie endlich die Schulpläne an! Machen Sie uns Regenbogenfamilien auch in der Gesellschaft sichtbar und behandeln Sie uns nicht wie Familien zweiter Klasse! Das wäre wirklich mal etwas für das Kindeswohl unserer Kinder, welches den Befürworter:innen der Zwangsberatung angeblich am Herzen liegt.“

Statt der seit mehr als einem Jahr andauernden Untätigkeit sollte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht zudem endlich einen Zeitplan für die versprochene Reform des Abstammungsrechts vorlegen. Eine Anpassung des Abstammungsrechts wurde nämlich bei der Einführung der „Ehe für alle“ außen vor gelassen. Obwohl ein vom Bundesjustizministerium beauftragter Expert*innenkreis bereits Mitte 2017 seinen Abschlussbericht zur Reform des Abstammungsrechts erstellt hat¹, wurden von Seiten der Regierung bisher keine Maßnahmen daraus abgeleitet. Wir fordern die Umsetzung dieser Empfehlungen, insbesondere die automatische Elternschaft für in eine Ehe hineingeborene Kinder, die Mutterschafts- (analog zur Vaterschafts-) Anerkennung und den Zugang zur Reproduktionsmedizin unabhängig von Familienstand und Lebensform.

--

Über LesMamas:

Der gemeinnützige Verein LesMamas e. V. versteht sich als offene Gruppe für alle lesbischen Frauen mit Kindern und/oder Kinderwunsch in München und Umland. Wir sind Paare und Singles mit leiblichen Kindern, Frauen mit Pflegekindern oder Adoptivkindern und Lesben in der Familienplanung. Wir setzen uns einerseits für die Vernetzung und Information lesbischer Frauen mit Kindern oder Kinderwunsch untereinander ein, andererseits machen wir uns für die gesellschaftliche Akzeptanz und Sichtbarkeit von Regenbogenfamilien stark. Dabei sieht sich LesMamas e.V. mit über 240 Mitgliedern als aktives Mitglied der LGBTI-Gemeinschaft in Deutschland. LesMamas e.V. ist Mitglied von Ilse, der bundesweiten Initiative lesbischer und schwuler Eltern im LSVD.

Pressekontakt:

LesMamas e.V.
% Regenbogenfamilienzentrum München
Saarstr. 5
80797 München
Katharina Kirsch
0176-21208283
presse@lesmamas.de

¹ https://www.bmjv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/07042017_Ak_Abstammungsrecht.html